

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 9/15

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

OB-Wahl am 13. Sept.: Qual der Wahl oder umgekehrt?

Der Mülheimer OB-Wahlkampf dümpelt vor sich hin, vorbei an allen Problemen der Stadt. Beide Kandidaten sind wohl eher als „Parteisoldaten“ zu sehen, die kein eigenes Profil entwickeln wollen. Der Zustand von SPD und CDU in Mülheim ist jedoch kein Ruhmesblatt, denn die Verwaltung hat sich fast vollständig verselbständigt, was beide großen Parteien anscheinend orientierungslos hinnehmen. Erschreckend sind auch die Berichte vom Wahlk(r)ampf, etwa zum „Duell“ auf Radio Mülheim in der Mülheimer Woche oder z.B. in der WAZ vom 27.8.15 „OB-Kandidat erklärt 1,4 Milliarden“, Wer glaubt, der CDU-Kandidat würde Konzepte gegen die quasi-griechische Verschuldung vorstellen, der irrt, denn *„er schreibt die Nullen von 1,4 Mrd. auf Papier, um den Menschen deutlich zu machen, wie kritisch die Lage ist.“*



Der „Gegenkandidat“ Scholten hat die Sprüche auf seinen Plakatwänden ausgetauscht. Statt „Verlässlichkeit“ nun „Wirtschaftlich stark für Mülheim“, was auch immer das bedeuten soll in einer auch bilanziell überschuldeten Stadt, in der mit RWE, Siemens, Tengelmann, Brenntag und selbst „seinen“ Röhrenwerken gerade die großen Standbeine wegbrechen oder zumindest gefährdet sind, noch bevor Weltmarkt oder der deutsche Wirtschaftsboom abflauen.



Derart viel hohles Herumgerede lässt die Wahlberechtigten zweifeln, ob, egal mit wem, auch nur ein einziger der aufgetürmten Probleberge angepackt werden soll. **Alles soll anscheinend nur weiter laufen wie gehabt, auch wenn das erkennbar selbst für Laien nicht mehr geht.** RWE-Abhängigkeit, gigantische Verschuldung, ÖPNV-Desaster, vermurkte Verkehrsführung, Innenstadtkrise, Bauorgien in Grün- und Außenbereichen u.v.m. dulden aber eigentlich keinen weiteren Aufschub.

Selbst zur VHS-Zukunft nur vages Geblubber von beiden. Über die durchaus bedeutsame Frage von Filz, Vettern- und Cousinenwirtschaft insbesondere in Mülheim redet ohnehin keiner. Und die Flüchtlings- und Zuwanderungsproblematik, die zusehends selbst wirtschaftlich viel gesündere Städte zu überfordern beginnt, gibt es auch noch, anscheinend aber nicht so richtig für die 2 Mülheimer OB-Kandidaten.

Die 2 OB-Kandidaten vertrauen wohl auf Gott oder auf die Stadtverwaltung, die bekanntlich hocheffizient und ökonomisch hoch verantwortlich die Stadt fast an die Wand gefahren hat.

Immer mehr Mülheimer auf Hartz IV angewiesen!

Fast 19.000 Mülheimer sind auf „Hartz IV“ angewiesen. Mehr als jeder zehnte kann seinen Lebensunterhalt nicht ohne staatliche Transferleistung nach „Hartz IV“ bestreiten. Die Zahl stieg in den vergangenen Jahren beständig. Im Februar zahlte die Sozialagentur dabei Geld an 3208 Mülheimer, die zwar arbeiten, deren Lohn aber nicht zum Leben reicht. Minijobber stellen davon gut die Hälfte, andere arbeiten Vollzeit – und brauchen „Aufstockung“!

Auf den folgenden Seiten:

- Mülheimer Allerlei: Hängepartie VHS, um das Grundstück verhökern zu können?! Gutachten Leineweberstr. als Beschäftigungstherapie? Versprechen gebrochen zum Rathausmarkt! Bauwut ungebrochen?!..... S. 2
- Der Stadt Essen droht ein neues Finanzdesaster, nun mit der RWE-Aktie. In Mülheim und beim RP weiter kein Thema, obwohl Mülheim stärker betroffen ist als Essen!?..... S. 3
- Mülheimer ÖPNV-Politik: Ruinöse Kirchturmspolitik im Ruhrgebiet trotz drohendem ÖPNV-Kollaps..S. 4
Einlegeblatt: Leerstehende Gewerbeimmobilien als Flüchtlingsunterkünfte? Und: Asylrecht in seiner jetzigen Form abschaffen? Statt dessen regulierte Einwanderung und Flüchtlingskonventionen?

Will die Stadt unsere vorbildliche, denkmalgeschützte VHS systematisch und absichtlich nicht renovieren, um sie abreißen und das Grundstück am MüGa-Rand verhökern zu können?

Die Mülheimer VHS ist beliebt und funktioniert vorbildlich, nicht zuletzt bei den Sprach- und Integrationskursen für Zuwanderer und Flüchtlinge. Das VHS -Gebäude am zentralen Standort in der MüGa ist einzigartig, weshalb der Landeskonservator die uneingeschränkte Denkmalwürdigkeit bescheinigt hat. Doch die Mülheimer Verwaltung hat anscheinend Befehl von oben, die Eintragung in die Denkmalliste zu torpedieren! Das VHS-Gebäude von 1979 ist alles andere als baufällig. Neuere Brandschutzaufgaben müssten aber umgesetzt werden, ebenso diverse Renovierungsmaßnahmen. Seit 2007(!) stehen 2,4 Mio. dafür im Haushalt, aber Jahr für Jahr werden die Gelder nicht eingesetzt. Im Zusammenhang mit der Bewerbung für die Spk-Akademie auf dem VHS-Gelände ließ die Stadt Sanierungsszenarien entwickeln, um den Abriss zu rechtfertigen. Diese bezifferten den Aufwand zwischen 6 und 16 Mio. Euro. Nachdem die Akademie nach Dortmund vergeben wurde, hatten Mitglieder der BI "Erhalt unserer VHS in der MüGa" Akteneinsicht dazu. Ergebnis: Die gesetzlich vorgeschriebenen Maßnahmen könnten auch für 2,3 oder max. 4 Mio. alle erfüllt werden! Auf MBI-Anfrage musste auch der Leiter des Immoservice eingestehen, dass mit 4,2 Mio. alles Erforderliche gemacht werden könne. Trotz all dieser Fakten behaupten Stadtspitze, OB- Kandidaten und Medien immer noch die gleichen Halb- und Unwahrheiten. **Es scheint offensichtlich: Man will das hochattraktive Grundstück, wem auch immer, verkaufen! Das ist ein Schlag ins Gesicht der VHS-Mitarbeiter und Nutzer, denn es gibt keinen Grund für einen Neubau o.ä. woanders, selbst wenn es eine irgendwie realistische Alternative gäbe, was nicht der Fall ist!**

Rathausmarkt doch parkplatzfrei? Was stört Verwaltung und Mehrheit der Politik ihre Zusage von vor den Sommerferien?

Im Planungsausschuss im Juni hatten die MBI den Antrag gestellt, das Parken auf Teilen des Rathausmarktes weiterhin zu erlauben! Nachdem Geschäftsleute als Vertreter der "Bürgerinitiative Rathausmarkt" eindringlich ihre Argumente vorgestellt hatten, versprach die Verwaltung, bis nach den Ferien ein Kompromisskonzept zu erarbeiten und im nächsten Planungsausschuss vorzustellen. Vgl. WAZ-Artikel vom 3.6.15: *"Mülheimer Händler: Parkverbot bedroht unsere Existenz - Viele Politiker zeigen Verständnis und haben die Stadtverwaltung aufgefordert, die Pläne zu überdenken, Alternativen aufzuzeigen und einen möglichen Kompromiss vorzulegen. Damit hat die Bürgerinitiative "Rathausmarkt" einen ersten Erfolg erzielt"*

Doch im folgenden Ausschuss im August stimmte eine Mehrheit von SPD, CDU und Grünen für das Papier der Verwaltung, dass jeglichen Kompromiss vermissen läßt, weil weiter der Wegfall sämtlicher 85 oberirdischen Parkplätze auf dem Rathausmarkt vorausgesetzt wird.

So darf man nicht mit Bürgern und eigenen Zusagen umgehen! Unabhängig davon, dass die Existenz von Geschäftsleuten in der bereits arg gebeutelten Mülheimer Innenstadt den Rathaus-Strategen immer noch ziemlich gleichgültig zu sein scheint, obwohl durch die jahrelangen Ruhrbania-Baumaßnahmen schon viele alteingesessene Geschäftsleute zur Aufgabe gezwungen wurden!

Mülheimer Bauwut in Grün- und Außenbereichen ungebrochen?

Für eine Wiese am Leinpfad neben dem Haus Ruhrgarten in Menden gibt es massive Baupläne. Ohne Rückkopplung in der Politik hatte das Bauordnungsamt im März die Bauvoranfrage positiv beschieden, für ein dreigeschossiges Mehrfamilienhaus und Tiefgarage nach § 34 des Baugesetzbuches (Baulückenschließung), da sich ein derartiges Gebäude angeblich an der umliegenden Bebauung orientiere. Im Planungsausschuss fand ein Antrag gegen diesen zweifelhaften Bauvorbescheid eine Mehrheit mit 6 Stimmen von Grünen, MBI, FDP und Linken gegen 5 SPD-Stimmen, da die CDU auf eine Positionierung verzichtete.

"Masterplan" Leineweberstr. als Beschäftigungstherapie?

SPD, CDU und FDP beschlossen im Planungsausschuss einen Wettbewerb für noch ein Innenstadtgutachten, dieses Mal für Leineweberstr. und Umgebung. Was um Himmels Willen soll das bringen? Es wäre sinnvoller, die Verwaltung würde die unzähligen Vorschläge aus Bürgerschaft, Politik usw. für das große Problem Leineweberstr. und Umgebung nur aus den letzten Jahren in einer Synopse mal zusammenstellen, damit entschieden werden kann, was nicht weiter verfolgt werden soll und was denn Realisierungschancen hat!

Essen droht erneutes Finanzdesaster, nun mit der RWE-Aktie. In Mülheim und beim RP weiter kein Thema?!



Im Bild links die Hauptverwaltung von RWE am Opernplatz. Auch dieses Gebäude wurde wegen der hohen RWE-Schulden bereits an einen US-Fonds verkauft und zurückgemietet.

Die RWE-Aktie hat erneut an Wert verloren und wird z.Zt. mit nur noch ca. 13,5 € gehandelt. Die auf Druck der RWE-Städte im April beschlossene Dividende von noch 1 €/Aktie war für den mit über 30 Mrd. verschuldeten Konzern ökonomisch falsch und wird höchstwahrscheinlich nicht durchzuhalten sein.

Mülheim hat bezogen auf die Einwohnerzahl mehr als doppelt so viele RWE-Aktien wie selbst der kommunale Hauptaktionär Essen. Doch in Mülheim ist das Fiasko mit dem krampfhaften Festhalten am abstürzenden RWE kein Thema, nicht in der Kämmerei, nicht in den Lokalmedien und auch nicht bei den OB-Kandidaten. **Dabei ist die Heimatstadt des RWE-Chefs, seines Vorgängers, des designierten neuen Aufsichtsratschef Müller und nicht zuletzt der Ministerpräsidentin als einzige Großstadt weit und breit seit 2014 auch bilanziell bereits hoffnungslos überschuldet.** Als nämlich zu Ende März 2014 der Jahresabschluss 2013 endlich gesetzlich vorgeschrieben den Kämmerer zwang, in seinen Bilanzen die realen Kurse für die 10 Mio. RWE-Aktien anzusetzen, war die kleine Großstadt (ca. 165.000 Einwohner) mit einem Federstrich 468 Mio. € ärmer. Zur "Bilanzverschönerung" hatte der Kämmerer über Jahre weiter den Höchstkurs der RWE-Aktien aus 2007 angesetzt.

Griechenland lässt grüßen!!

Ach ja, Frau Mühlenfeld sitzt im erlauchten RWE-Aufsichtsrat, tritt aber nicht mehr als OB an, warum auch immer. Sie will aber ihren Aufsichtsrats-sitz behalten, ein Unding. Auch das kein Thema etwa bei den OB-Kandidaten, obwohl die MBI dies mehrfach in Gremien angesprochen haben!

Der RP als Aufsichtsbehörde hat gerade den Mülheimer Haushalt für 2015 nach fast 8-monatiger "Prüfung" genehmigt trotz eines neuen Haushaltslochs von knapp 80 Mio. (wird erfahrungsgemäß weiter über 100 Mio. liegen), trotz der bilanziellen Überschuldung, sprich negativem Eigenkapital, von über 200 Mio. und voraussichtlich notwendiger Kassenkredite von ca. 1 Mrd. Euro. Der RP mahnt an, ab 2016 doch langsam mit dem Aufbau von positivem Eigenkapital zu beginnen. Haha..... Wie denn? Mit der vom RP vorgeschlagenen weiteren Erhöhung von Grund- und Gewerbesteuer? Und durch Einsparungen beim ÖPNV? Das alles macht der Kursverfall der RWE-Aktie im Handumdrehen zunichte. Doch dazu schweigt sich die Auf(bzw. Weg-)sichtsbehörde lieber aus.



WAZ Essen, 25.8.15: **Essen droht erneutes Finanzdesaster mit der RWE-Aktie**

"Die RWE-Aktie ist weiter abgerutscht. Hält die Entwicklung an, muss Essen den Wert seiner Aktien korrigieren. Der Sinkflug der RWE-Aktie beschert der Stadt Essen in diesem Jahr wohl weitere Abschreibungen in dreistelliger Millionenhöhe. Erholt sich der Aktienkurs bis zum Jahresende nicht deutlich, dann muss Kämmerer Lars Martin Klieve den Wert der Aktien in den Büchern erneut nach unten korrigieren. Dass Essens oberster Kassenwart darüber nicht glücklich ist, zumal das Franken-Debakel Essen ebenfalls noch nachhängt - ist klar. "Sehr unerfreulich" bezeichnet Klieve denn auch die Entwicklung des RWE-Papiers....." Hier noch ein Beitrag im WAZ-Forum zu dem Artikel "Essen droht erneutes Finanzdesaster mit der RWE-Aktie" von uli.e|#1

Dass Sie als große Zeitung diesem Möchtergern -Broker Klieve nicht mal seine Sprüche aus der Vergangenheit vorhalten, ist auch ein Skandal. Z.B. das jahrelange Gesülze von Dividenden, die die Zinersparnis beim potentiellen Verkauf mehr als ausgleichen. Kursverluste gäbe es natürlich nicht. Und der Verfall der Aktie wird weiter gehen. Ein Wahnsinn ist das, so ein Riesepaket eines perspektivlosen Dinosauriers im Depot zu haben. Mal wieder muss man neidvoll nach Düsseldorf schauen, die damals unter SPD - Protest (Verkauf von Tafelsilber) die RWE Aktien zum Wohle der Stadt verkauften. Mann, was haben wir für Dilletanten im Revier, die auch immer kritiklos dummes Zeug schwafeln dürfen. Hauptsache die Aufsichtsratspöstchen sind noch da."

Mülheimer ÖPNV-Politik, Lehrstück für ruinöse Kirchturmspolitik im Ruhrgebiet trotz drohendem ÖPNV-Kollaps

Die Stadt Mülheim und ihre Gutachteritis zum ÖPNV!

Bundestagspräsident Lammert (CDU) aus Bochum bezeichnete Ende Aug. die Bettel- und Fördermentalität des Reviers als "Lebenslüge" und fordert das Ende von Zerstückelung und Kirchturmspolitik. Das drängendste Problem dabei ist der ÖPNV, der sich auf einen Kollaps hin bewegt. Doch trotz endlich klarer Worte von RP, von

Vertretern der Wirtschaft, von allen Fachleuten wird weiter gewurschtelt, ganz so, als gäbe es z.B. den Milliarden-Sanierungsstau für die disfunktionalen U-Bahnen aus den Zeiten der Tunnelitis-Träume der Ruhr-SPD nicht. Und das alles, wo die Millionen aus RWE-Dividenden und aus den jeweiligen Stadtwerken versiegen und als Ausgleich für die ÖPNV-Zuschüsse wegfallen. Trotz Riesenaufwand für Koordinierung schaffen die Teilstädte es nicht einmal, städteübergreifenden Bus- oder Straßenbahnlinien gleich zu takten.

Jeder Kirchturm macht aufwendig seinen eigenen Nahverkehrsplan (NVP), bestellt Gutachten über Gutachten und schreit weiter nach Fördergeldern für Fässer ohne Boden!

Mülheim/Ruhr z.B. liegt als kleinste der Großstädte mitten zwischen Duisburg, Oberhausen und Essen. In Mülheim ist die Stadtspitze nun seit Jahren bemüht, im ÖPNV auf einen „System“wechsel hinzuarbeiten, sprich Abschaffung von Straßenbahnen und Ersatz durch Busse.

Für Deutschlands größten Ballungsraum mit seinen 5 Millionen Menschen ist bereits dieses Ansinnen ein Irrweg. Doch am Beispiel Mülheim wird das richtig absurd. Die wichtigsten drei StraBa-Linien in Mülheim sind überhaupt keine Mülheimer Linien: Die 901 geht als Duisburger Bahn von Marxloh bis Mülheim Hbf., die U 18 nach Essen und die für das CentrO neu gebaute 112 nach Oberhausen-Sterkrade. Diese Bahnen an den Stadtgrenzen zu kappen, wäre für den ÖPNV im westl. Ruhrgebiet tödlich. Die Nachbarstädte heulten auf, als diese Vorhaben erstmals öffentlich wurden. Der RP stellte sich völlig quer und drohte mit immensen Rückzahlungen.

Doch das alles konnte die Lokal"strategen" nicht wirklich abhalten. 2013 ließ man schnell einen neuen Nahverkehrsplan (NVP) aufstellen und beschließen. Damit beschlossen SPD und CDU zwar schon mal StraBa-Stilllegungen von Stücken der eigenen 3 Bahnen, ansonsten aber war der NVP völlig unausgegrenzt, weshalb er bis heute auch nur in Ansätzen umgesetzt werden konnte. Doch damit nicht genug Chaos. **Gleichzeitig mit dem NVP wurde ein weiteres Gutachten, das 5. in wenigen Jahren, beschlossen, für ca. 130.000 Euro. Eine Dresdener Firma erhielt den Zuschlag und eine sog. Lenkungsgruppe, Teilnehmer unbekannt, gab ihnen die Einzelaufträge.**

Am 28.8.15 stellten das Büro erste Ergebnisse im Mülheimer Mobilitätsausschuss vor.

Neben den vielen Grunddaten, die man sich als Ausschussmitglied nun bereits zum 5. Mal anhören musste, erklärten sie lang und breit die Bedingungen für Stilllegungen aller verschiedenen Straßenbahnlinien. Am Schluss stellten sie dann kurz ihre möglichen Szenarien vor, von ganz ohne Bahn bis Schließung aller Tunnel. Man glaubt das alles kaum!

Es grenzt z.B. schon an eine Art "geistiger Onanie", sich in Mülheim Gedanken darüber zu machen, wie und ob Oberhausen bei Stilllegung der 112 als "Insellösung" behandelt werden müsse. Auch ob man die 901 um den Nordast der Mülheimer 102 verlängern kann, wenn die verschiedenen Spurbreiten vereinheitlicht würden, ist ein nettes Gedankenspiel, was aber die Duisburger mitmachen müssten.

Weil zu allen vorgestellten 6 Varianten sowohl finanzielle wie rechtliche und sonstige Grundlagen noch erarbeitet werden müssen, ist ohnehin alles nur weitere Beschäftigungstherapie. Deshalb gilt die seit Jahren von den MBI aufgestellte Grundforderung an Stadt und MVG:

Setzt Euch erst einmal mit den Nachbarstädten zusammen, inkl. Oberhausen selbstverständlich, und klärt, wo der gemeinsame Zug überhaupt hin will, muss und kann. Alles andere ist Zeit- und Geldverschwendung. Das Land muss diese Gespräche moderieren und die Städte auf den Weg in die Fusion ihrer Verkehrsgesellschaften zwingen.



M ü l h e i m e r B ü r g e r - I n i t i a t i v e n

Fraktion in Rat und
Bezirksvertretungen
der Stadt Mülheim a.d.Ruhr

Fraktionsbüro: Kohlenkamp 1
45468 Mülheim / Ruhr

Telefon: 0208-3899810
Telefax: 0208-3899811

M B I

e - m a i l : f r a k t i o n @ m b i - m h . d e

h t t p : / / w w w . m b i - m h . d e

Leerstehende Gewerbeimmobilien als Flüchtlingsunterkünfte?

Die Flüchtlingsströme haben als quasi Völkerwanderung Richtung Mittel- und Nordeuropa apokalyptische Züge angenommen. Die Bundesregierung musste ihre Prognose von Jahresanfang mit 300.000 erwarteten Asylbewerbern in 2015 bereits korrigieren auf mindestens 800.000 oder mehr. Das bedeutet auch für unsere Stadt Mülheim, dass uns voraussichtlich noch mehr Menschen als Flüchtlinge zugewiesen werden, als selbst die bereits deutlich nach oben korrigierten Zahlen dies bisher angenommen haben.

Der Handlungsdruck ist riesig.

Bisher konnte es Mülheim gerade noch schaffen, die Menschen unterzubringen, ohne auf Zeltstädte oder Container zurückgreifen zu müssen. Auf dem Saarner Kirmesplatz soll aber nun kurzfristig ein „Dorf“ für 600 Asylbewerber entstehen – bis auf Weiteres. Wie lange die Sporthalle der Gesamtschule Saarn Übergangsheim bleiben wird, ist unklar, und auch die benachbarte Turnhalle Ernst-Tommes-Str. wird nun für 50 Asylbewerberplätze umgenutzt. **Da die Flüchtlingsströme immer noch zunehmen, muss man befürchten, dass die bisher eher positive, hilfsbereite Stimmung in der Bevölkerung umkippt!**

Maßnahmen wie das Freimachen von SWB-Wohnungen oder Belegung von Schulsporthallen waren bereits problematisch genug und können bzw. sollten nicht beliebig wiederholt werden. Welche anderen Maßnahmen die Verwaltung plant oder bereits ins Auge gefasst hat, ist zumeist unbekannt, wahrscheinlich auch, um den OB-Wahlkampf nicht damit zu belasten. Die Dramatik der anscheinend unaufhaltsamen Flüchtlingsströme lässt aber zumindest vorläufig keine Zeitverzögerung zu. Natürlich muss auch in Brüssel und Berlin einiges geschehen, um die brisante Lage zu entschärfen. Vor Ort aber hilft es wenig, darauf zu hoffen, selbst wenn sich dort endlich verträglichere Ansätze ohne Zerstrittenheit der Einzelegoismen durchsetzen würden.

Um vor Ort den enormen Handlungsdruck zu entschärfen, sollten nach Meinung der MBI auch leerstehende Gewerbeimmobilien im Stadtgebiet zumindest als Notunterkünfte für Flüchtlinge möglichst zeitnah ebenfalls in Betracht gezogen werden. Wir denken dabei als erstes an das ex-Schätzlein-Hochhaus an der Ruhrorter Straße, das

vor Jahren bereits als Flüchtlingsunterkunft diente und immer noch leer steht. Der gesamte ex-Agiplan-Komplex an der Zeppelinstraße (Bild rechts) steht schon lange leer, ebenso Teile des ehemaligen Clark-davor Stinnes-Bürokomplexes an der Weseler Straße, genau wie etliche andere Gewerbegebäude



im Stadtgebiet auch.

Und auch die provisorische Container-Hochschule auf dem ehemaligen Mannesmann-Parkplatz in Styrum (Bild links) wird demnächst frei und könnte als Übergangsheim genutzt werden!



Die MBI hoffen, dass die Verwaltung auch in diese Richtungen tätig ist bzw. schnellstmöglich wird.

Asylrecht in seiner jetzigen Form abschaffen? Statt dessen regulierte Einwanderung und Flüchtlingskonventionen!?

Die Mülheimer Grünen kritisierten im Mai aufs Schärfste einen Brief vieler OBs vom März. Darin hatten die OBs inkl. Frau Mühlensfeld verbesserte Abschiebemöglichkeiten für chancenlose Asylbewerber aus Kosovo, Serbien u.ä. gefordert. Wenn nämlich grundsätzlich Abschiebestopp gilt, sind die Asylgesetze teure Bürokratiemonster. Sinnvoller wäre eine regulierte Zuwanderung und die Umsetzung von Flüchtlingskonventionen, wie andere Länder es auch praktizieren.

b.w.

Apokalypse am Ärmelkanal, in Kos, in Lampedusa, Ceuta , Mazedonien,

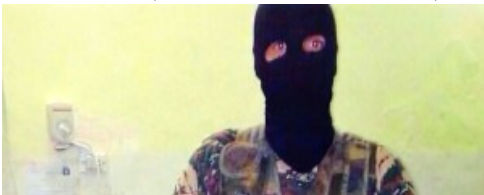
Die Flüchtlingsströme und –wellen als Völkerwanderung in Zeiten der Globalisierung suchen an viele Stellen und über alle möglichen Wege „das gelobte Land“ in der EU zu erreichen. Es ist fatal: Je mehr Leute dabei umkommen, je mehr versuchen es tagtäglich, und zwar an jeder Stelle, an der eine Lücke zu sein scheint.

Immer bedrohlicher wird es in Calais am Eingang in den Eurotunnel. Dieses Beispiel macht u.a. deutlich:

- 1) Die EU selber kommt damit weiter in zunehmende existenzielle Gefahr. Der Handel zwischen England und Kontinent nimmt bereits rapide ab, siehe Artikel unten. Das treibt die Briten erst recht in die Abspaltung, ein "Brexit" aber wäre eine viel größere Bedrohung für den Fortbestand der EU als der oft beschworene Grexit.
- 2) Die Heimatländer der Flüchtlinge aber verlieren ganze Teile ihrer aktivsten Bevölkerung. Der sog. „braindrain“ ist höchst problematisch in den Herkunftsländern und insgesamt nur bruchstückhaft produktiv in den Zielländern, zumindest viele Jahre lang.

Man muss endlich auch die Frage stellen, wem das alles wirklich nutzt und warum die Flüchtlingsfrage derart ideologisch oder fast religiös in Deutschland behandelt wird. Einige Dinge, die tabuisiert oder verteufelt werden, sind aber Binsenweisheiten. Bei anderen packt man sich an den Kopf, was da für Weltfremdes verbreitet wird.

Taliban, El Dschabab, Boko Haram, IS u.v.m.:



Unter dem Deckmantel von Radikal-Islamismus verbreiten skrupellose Menschenschlächter Tod und Zerstörung, ökologische, menschliche und kulturelle Barbarei wie aus den düstersten Zeiten des Mittelalters, nur mit dem Unterschied, dass alles auf youtube, in Internetforen bzw. „sozialen“ Medien aktuell und

hautnah auch noch verbreitet wird. Sklaverei, Entführungen zur Lösegelderpressung, Organhandel und Völkermord gehören genauso zum Alltagsrepertoire wie die hemmungslose Ausbeutung erobelter Ölquellen oder das Flüchtlingsgeschäft auf dem Mittelmeer von Lybien, Ägypten usw. zu angrenzenden EU-Staaten. Ideologisch speisen sich die krakenartig über viele Kontinente verbreiteten Wahnsinnsgruppen hauptsächlich aus dem Hass auf alles vermeintlich Westliche in übersteigerter, wörtlicher Auslegung von Passagen des Koran, der bekanntlich vor über 1000 Jahren geschrieben wurde. Boko Haram bedeutet z.B. sinngemäß „keine westliche Bildung“.

Hass und Verachtung von Demokratie, Menschenrechten, Rechtsstaat und persönlicher Freiheit sind die Triebfedern. Diese selbst definierten Herrenmenschen bedrohen real aber nicht nur den Westen, sondern auch den Islam und die gesamte Staatengemeinschaft mit all ihren mühsam entwickelten Krisenprogrammen, ohne die die übervölkerte Erde mit ihren vielen Katastrophen ein riesiges menschliches Massengrab wäre.

Irgendwie aber scheint man zumindest in Deutschland damit nicht umgehen zu können, vielleicht weil wir das permanent schlechte Gewissen wegen der schrecklichen Nazi-Barbarei unserer Väter und Großväter haben müssen. Womöglich verhindert das, dass wir mit Islam und der fürchterlichen Barbarei im Namen des Islam differenzierter umgehen können, als dies real geschieht.

Der Cicero-Artikel vom 11.8.15 „*Der IS köpft, der Westen schweigt*“ war der erste halbwegs sachliche Artikel, der zu der Blauäugigkeit des deutschen mainstream bisher zu lesen war. Hier das Fazit:

„Und warum? Weil er (der Westen) verlernt hat, für Prinzipien einzustehen, die sich nicht rechnen; weil er sich in allen zentralen Punkten uneins ist; weil letztlich weder die Amerikaner noch die Franzosen oder die Briten sich für einen Terror abseits der eigenen Haustür interessieren. Weil also der Westen nicht mehr weiß, wer er ist und wofür er steht. Die maximale Entschlossenheit religiöser Apokalyptiker trifft auf die Selbstlähmung des Westens im Moment seiner größten Identitätskrise. Die einen köpfen, die anderen schweigen. Dank dieser Arbeitsteilung hat der „Islamische Staat“ eine Zukunft, der Westen aber bald nur noch eine Vergangenheit. Zeit, dass sich was dreht.“

Seit geraumer Zeit haben sich der mainstream und seine Medien in der Zuwanderungsfrage um fast 180 Grad gedreht, seit „die Wirtschaft“ immer wieder verkündet, sie brauche unbedingt Zuwanderung. Dass dazu auch gehört, sich die Kosten für Ausbildung zu sparen und durch das Überangebot an Arbeitskräften aus dem Billiglohnsektor immer größere Parallelwelten auch im Arbeitsmarkt ausbeuten zu können, wird meist absichtlich verschwiegen. Doch egal: Der mainstream schafft es nicht, seine bisherige Propaganda zu differenzieren, seit das totale Fiasko des sog. arabischen Frühlings die Flüchtlingsströme hat apokalyptisch werden lassen, nicht nur aus den arabischen Ländern selbst, sondern aus vielen gestärkten Diktaturen in Afrika, aus ex-Yugoslawien, aus den chaotischen EU-Ländern wie Bulgarien, Rumänien